

Piratenpartei

Frage 1 zur Wohnungspolitik

Unter Zustimmung der SPD und der CDU wurden in den Jahren 2004 bis 2007 unter Ex-OB Hoffmann rd. 1.000 Wohnungen der stadteigenen Nibelungen Wohnungsbaugesellschaft an eine private Wohnungsgesellschaft verkauft. Eine Wohnung kostete etwa 18.000 Euro!

Werden der „Nibelungen“ Gelder in vergleichbarer Höhe wieder zugeführt werden, um den sozialen Wohnungsbau zu stärken? Sollen weitere Wohnungen verkauft werden und wie/wo sollen sozial Schwache zukünftig in der Stadt wohnen können?

Antwort: Wenn es nach uns geht: Ja, natürlich sollen die Gelder wieder zugeführt werden. Zusätzlich sollte die NiWo noch Kapitalaufnahmen am Kreditmarkt direkt durchführen.

Braunschweig wird - wie die meisten Städte - absehbar weiter wachsen. Wenn die NiWo jetzt baut, wird sie die Wohnungen auf Jahrzehnte vermietet bekommen. Durch eine gerechte Vermischung von sozial-gefördertem und anderem Wohnungsbau würde ein finanziell interessantes Gesamtpaket geschnürt, dass die Bedürfnisse aller Braunschweiger erfüllt. Auch darf sich sozialer Wohnungsbau nicht auf bestimmte Teile der Stadt konzentrieren!

Um eine positive Stadtentwicklung mit bunt gemischten Quartieren u. a. im Neubau zu ermöglichen, muss der Bindungstausch eingedämmt und die Anzahl der Wohnungen mit Belegrechten der Stadt aufgestockt werden. Aufgrund der steigenden Mieten und drohender Gentrifizierung muss auch für Braunschweig über eine Erhaltungssatzung nachgedacht werden, um preisgünstigen Wohnraum zu erhalten.

Frage 2 zur Umweltpolitik

Die Stadt hat in der Vergangenheit Grünflächen in der Innenstadt und an ihrem Rand zur Bebauung freigegeben und an Investoren verkauft. Zum Beispiel den Schlosspark, Kleinpark an der Gördelinger Straße (heute BZ), Krankenhauspark Langer Kamp. Wie sollte die Stadt diesen Verlust unter stadtklimatischen Gesichtspunkten kompensieren und wie werden sie sich verhalten, wenn weitere Investoren auftreten, um bewachsene Flächen zu bebauen?

Antwort: Grünflächen in und nahe der Kernstadt haben wir bereits zu wenige! Baulücken schließen und Brachflächen nachnutzen sind ohnehin selbstverständliche Maßnahmen, jedoch müssen Ausgleichsflächen geschaffen werden. Außerdem müssen Bestimmungen, die z. B. den Bau von Parkplätzen an Wohneinheiten regeln, grundlegend übergedacht werden.

Eine Kernstadt, mit einem gut ausgebauten ÖPNV- und Fahrradnetz würde den Verzicht auf einen PKW erleichtern, die Innenstadt entlasten und zumindest einen Teil-Erhalt von Grünflächen ermöglichen. Um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen wäre es auch sinnvoll, in ausgewählten Wohngebieten eine weitere Etage zuzulassen sowie grundsätzlich Dach- und Fassadenbegrünung mehr zu bewerben und zu fördern. Auch würde eine wieder einzuführende Baumschutzsatzung helfen, Bäume vor dem unkontrollierten Fällen zu bewahren.

Frage 3 zur Kulturpolitik

Die SBK ist für die kulturelle Entwicklung der Stadt von erheblicher Bedeutung. Sie bestimmt durch ihre Förderpolitik mit über das kulturelle Leben der Stadt. Der Landesrechnungshof hat die SBK kritisiert, weil sie erhebliche Mittel nicht im Sinne der Stiftungssatzung vergeben haben soll, indem sie in größeren Umfang Eigenwerbung betrieben hat. Welche Politik, z. B. Personalpolitik, werden sie hinsichtlich der SBK betreiben?

Antwort: Auch wenn die SBK eine Stiftung ist, ist sie von der Öffentlichen Hand nicht unabhängig. Daher sollte Braunschweig eine engere Steuerung der Stiftung versuchen, auch im Hinblick auf die Kulturentwicklung in Braunschweig. Neben der überfälligen Entsendung des neuen Oberbürgermeisters, sollte es regelmäßige Vorbereitungstreffen mit den anderen Braunschweigern im Stiftungsrat geben, um z. B. auch den Bedarf der jungen Kultur- und Kunstszene Braunschweigs, abseits der Hochkultur, zu fördern.

Frage 4 zur Kulturpolitik

Die Kultur unserer Stadt wird erheblich durch die engagierten Bürgerinnen und Bürger in diversen ehrenamtlich geführten Initiativen gestaltet. Diese Initiativen sind oft das Gesicht der Stadt – weit über die Stadtgrenzen hinaus. Wie werden Sie diese Initiativen zukünftig verstärkt fördern, zumal, wenn diese Initiativen öffentlich aktiv zum Wohle der Stadt agieren?

Antwort: Kultur muss vielfältig und frei sein. Das beinhaltet neben den klassischen Aspekten wie Theater oder Museen auch die verschiedensten sozio-kulturellen Ansätze.

Kunst und Kultur ist nicht nur Konsum. Angebote, sich selbst kreativ zu beteiligen, gehören genauso dazu. Daher ist es wichtig, ein möglichst umfassendes Spektrum an Angeboten, Aktivitäten sowie alternativen Kulturräumen - auch abseits vom Mainstream - zur Verfügung zu stellen. Ein so weites Spektrum kann nur mit der Unterstützung engagierter Braunschweiger realisiert werden und deshalb ist das selbstverständlich zu fördern.

Unsere Ziele dienen der Öffnung des Handlungsraums Stadt für eben solches Tun aus der Bevölkerung. Hier die Infrastruktur bereit zu stellen und die ehrenamtliche Arbeit zu würdigen, zu fördern ist das Mindeste, was wir erreichen wollen. Kleine günstige Räume - zum Proben, zur Fortbildung, zum Treffen - sind Grundvoraussetzung, damit die ehrenamtlichen Initiativen umgesetzt werden können und Braunschweig auch als kulturell vielfältige Stadt wahrgenommen wird.

Frage 5 zur Politikentfremdung und Radikalisierung

Welche Planung hat ihre Partei/Gruppierung hinsichtlich der politikverdrossenen Strömungen in der Bevölkerung? Was werden sie den Bürgern außerhalb einer Parteimitgliedschaft anbieten?

Antwort: Das Gefühl, gefragt zu werden und sich an den Entscheidungen beteiligen zu können, ist ein wichtiger Ansatz gegen Politikverdrossenheit. Natürlich können Entscheidungen nur mit genügend Informationen getroffen werden und deshalb ist es unabdingbar, dass die notwendigen Fakten

transparent zur Verfügung gestellt werden. Jemand, der aufgeklärt ist und sich nicht übergangen fühlt, kann nicht so einfach von destruktiven Strömungen eingefangen werden. Deshalb werden wir uns - wie auch in der aktuellen Legislaturperiode - für einen Ausbau der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten einsetzen, sei es u. a. durch frühzeitige Bürgerbefragungen oder die Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten der Jugend in der Kommunalpolitik. Außerdem haben alle seit 2013 die Möglichkeit, durch OpenAntrag.de seine Ideen direkt in die nächste Fraktionssitzung der PIRATEN einzubringen, wo dann über ein mögliches weiteres Vorgehen diskutiert wird.

Frage 6 zur Finanzpolitik

Nach dem „Finanzwunder von Braunschweig“ ist Ernüchterung eingeleitet. Die Schuldenlage der Stadt scheint nicht klar zu sein. Wird es einen Kassensturz geben, um die Schulden der Stadt eindeutig beziffern zu können?

Antwort: Die erste aufgestellte Konzernbilanz gibt die finanzielle Lage Braunschweig realistisch wieder. Dort wurden echte Sachwerte aufgeführt. Wir müssen in Zukunft den Fokus genau auf diese Sachwerte legen, damit dort tatsächliche Werte aufgeführt werden und nicht irgendwelche Fortschreibungen stattfinden, die mit der Realität nichts gemein haben. Außerdem ist es an der Zeit, eine offene Darstellung des kommunalen Haushaltes (Open Spending) auf den Seiten der Stadt Braunschweig anzubieten, damit sich jeder einen Einblick in die finanzielle Lage verschaffen kann.